

Ausgabe 2/02

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Der Bedarf an Hilfe und Unterstützung wächst,
die öffentlichen Kassen sind leer!

Droht der Jugendhilfe- Notstand?

BLICKPUNKT: Zukunft der Pflege

Werbung für Pflegeberufe und Einsetzung
einer Enquetekommission „Pflege in NRW“

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL

Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas





Liebe Leserin, lieber Leser,

alle Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag hoben Mitte Januar die Hand und beschlossen einstimmig die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung. Kinder und Jugendliche haben damit Anspruch auf gewaltfreie Erziehung und auf Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft werden verpflichtet, für „altersgerechte Lebensbedingungen“ zu sorgen und die Kinder „nach ihren Anlagen und Fähigkeiten“ zu fördern.

Bei den Beratungen zur Änderung der Landesverfassung waren sich die Politiker aller Fraktionen einig, dass den Worten auch Taten folgen müssen. Die Verfassungsänderung verpflichtete, eine „Kultur des Aufwachsens“ zu schaffen. An diesem Anspruch wird sich Politik in NRW zukünftig messen lassen müssen. Das wird nicht leicht.

Schon beim Haushaltsentwurf 2002, den der Finanzminister im vergangenen Herbst vorgelegt hatte, wa-

ren Einsparungen im Bereich der Familien- und Kinderhilfe sowie der offenen Kinder- und Jugendarbeit von mehr als 20 Mio. Euro vorgesehen. Dass Minister Steinbrück daraufhin Krach mit der SPD-Fraktion bekam, ehrt diese. Sie machte die Kürzungen kurzerhand rückgängig. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, mag sich Steinbrück denken, der unter Druck steht wie nie zuvor. Denn die Finanznot des Landes ist seitdem noch stärker offenbar geworden, neue Streichlisten kursieren.

Das Thema „Zukunft der Jugendhilfe“ hat es also verdient, dass es öffentlich diskutiert wird. Denn „erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder“ (Zitat Steinbrück) funktioniert nicht mit der Rasenmäher-Methode. Zu Risiken und Nebenwirkungen verfehlter Jugendhilfe-Politik empfehlen wir die Lektüre dieses Heftes.

Ihr

Markus Lahrmann

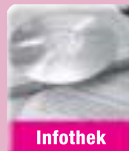


Markus Lahrmann
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis



Jugendhilfe-Notstand?! 4
Plädoyer für mehr politische Sorgfalt und Aufmerksamkeit



Neue Bücher und Web-Tipps 49
Impressum 49



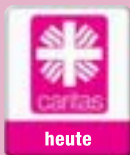
Zukunft der Jugendhilfe 8
Zwei Positionen in einer Zeit rasanter Veränderungen



Briefe und E-Mails an die Redaktion 50



Werbung und Qualitätssicherung 20
Zukunft der Pflege in einer alternden Gesellschaft



„Jahrzehnt der Integration“ 22
Eine Tagung der Caritas-Migrationsdienste



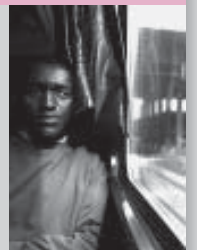
Aachen	24	Münster	39
Essen	29	Paderborn	44
Köln	34		

Falscher Eindruck!

Nein, er ist kein Klient der Aids-Beratungsstelle des Afrika-Projekts in Essen. Wer? Der Afrikaner auf dem Foto auf Seite 10 („Tabuisiertes Thema“) im letzten Heft (1/02). Aus dem Nebeneinander von Text und Bild zu schließen, die abgebildete Person sei im Artikel gemeint, sei womöglich HIV-infiziert oder aidskrank, ist schlicht und ergreifend falsch.

Fotos und Texte für „Caritas in NRW“ entstehen oft unabhängig voneinander und werden erst im Layout komponiert. Fotos dienen dann der Illustration, nicht der Dokumentation. Wir bitten um Entschuldigung, dass ein falscher Eindruck entstehen konnte.

Die Redaktion





Jugendhilfe- Notstand?!

Ein Plädoyer für mehr politische Sorgfalt und Aufmerksamkeit bei der Förderung der Entwicklung junger Menschen

Von Wolfgang Gernert

Die Armut der öffentlichen Hand hat ein hohes Niveau erreicht. Gleichzeitig wachsen die Aufgaben. Folge dieses Missverhältnisses – auch im Bereich der Erziehung – sind immer häufiger kurzsichtige Entscheidungen für ineffektive Hilfen.

Seit ihren Anfängen im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz leidet Jugendhilfe unter Mangelerscheinungen, vor allem am fehlenden Geld. Pünktlich zum Inkrafttreten am 1. 4. 1924 bestimmte eine Verordnung verschiedene Aufgaben zu Kann-Vorschriften und führte einschränkende Bestimmungen in Bezug auf Zuständigkeiten und Aufgaben der Jugendämter herbei. Außerdem wurde den obersten Landesbehörden die Mög-

lichkeit gegeben, die Durchführung jugendfürsorgerischer Aufgaben zeitweilig auszusetzen. Die Verpflichtung zu kinder- und jugendpflegerischen Aufgaben wurde aufgehoben. Und acht Jahre später schränkte eine weitere Verordnung im Zeichen der Finanznot auch den Personenkreis für Erziehungshilfen ein. Die Herkunft aus der Armenpflege lässt sich folglich bei diesem ersten umfassenden Gesetz zur Jugendhilfe nicht leugnen.

Heute hat die Armut der öffentlichen Kassen ein vergleichsweise hohes Niveau erreicht. Zwar existieren viele Kommunen am unten Level bei defizitärem Haushalt mit der Folge, dass ihnen freiwillige Ausgaben nicht erlaubt sind und möglicherweise ein Staatskommissar für den Haushalt bestellt wird. Aber immer noch befinden die meisten Städte und Gemeinden im Rahmen ihrer Allzuständigkeit nach der Gemeindeordnung frei darüber, welche Finanzmittel für welche kommunalen Aufgaben eingesetzt werden sollen.

Angesichts demografischer Einbrüche und anlässlich feierlicher Anlässe wie z. B. des „Tags des Kindes“ hören wir immer wieder öffentliche Verlautbarungen, wonach Kinder und Jugendliche die Zukunft unserer Gesellschaft bedeuten und nicht genug in ihrer Entwicklung gefördert werden könnten. Im unverständlichen Kontrast zu dieser Binsenwahrheit stellt sich die Notlage der Jugendhilfe in manchen kommunalen Haushalten dar, die hinreichendes Personal ebenso vermissen lassen wie notwendige Einrichtungen und adäquate Haushaltsstellen, um die entstehenden Ausgaben zu finanzieren.

Würde man einem Bauingenieur zumuten, angesichts knapper Kassen beim Brückenbau weniger Zement und Stahl als bislang zu verwenden, so käme dies als schlechter Scherz an. Niemand käme auf den Gedanken, Straßen verkommen zu lassen und dadurch die Verkehrssicherheit zu gefährden. Kaum jemand wird zustimmen, bei einem strengen Winter die Arbeiten der Schneebeseitigung und das Sichern von Verkehrsteilnehmern auf eine bestimmte Anzahl von Arbeitstagen zu begrenzen und danach einzustellen. Bei Kultur, Freizeit und Sport sind kommunale Mandatsträger außerordentlich zurückhaltend, wenn es um Aufgaben-Kritik und das Kürzen bisher gewährter Zuwendungen geht.

Anders verhält es sich offenkundig in der Jugendhilfe: Sie verkommt immer mehr zum Steinbruch für Finanzlöcher, ohne hiermit den Haushalt wirklich sanieren zu können. Bei Kindergartengruppen wird leicht eine Er-



höhung der Gruppenstärke gefordert, um den errechneten Platzbedarf zu neutralisieren. Der Landtag NRW kürzte mit Bedauern Millionenbeträge aus dem Landesjugendplan, die in den Folgejahren nicht wieder zur Veranschlagung vorgetragen werden dürfen. Alle Zuschüsse an öffentliche Träger werden zur Disposition gestellt. Die Kürzungen betreffen die offene Kinder- und Jugendarbeit ebenso wie die Erziehungs-Beratungsstellen. Kommunen streichen die ohnedies geringen Zuwendungen an freie Träger für die Kinder- und Jugendarbeit. Über eine Budgetierung im Rahmen der neuen Steuerung wird die Zahl der Hilfen zur Erziehung in Einrichtungen begrenzt. Die Folge davon sind fehlerhafte Entscheidungen für falsche Hilfen, die ineffektiv bleiben müssen.

Kurzfristiges Sparen ist langfristig teuer

Dabei weiß man schon lange aus der Volkswirtschaft, dass der Einsatz bestimmter Mittel nur dann den bestmöglichen Nutzen verspricht, wenn das gewünschte Ergebnis damit erzielt werden kann. So ist beispielsweise eine im Moment höhere Ausgabe dann angebracht, wenn sie als prophylaktische Maßnahme eine sonst notwendig werdende spätere Therapie verhindert. Im Rahmen von Erziehungshilfen kommt es deshalb immer darauf an, die in der aktuellen Situation des Kindes oder Jugendlichen richtige Hilfe einzuleiten, statt sich mit einem Behelf über die Zeit zu retten und später mehr ausgeben zu müssen. Im Rahmen von Hilfeplangesprächen, die verbindlich im Kinder- und Jugendhilfegesetz vorgeschrieben sind, wird mit ungeheurem Druck auf die Einrichtungen versucht, die Dauer einer erzieherischen Maßnahme möglichst kurz zu halten, um entstehende Pflegekosten zu sparen. Während früher niemand danach fragte, weshalb ein Kind/Jugendlicher immer noch im Heim war, ist heute das gegenteilige Extrem gang und gäbe. Es werden sogar Entscheidungen verschleppt und hinausgezögert, um andere Träger für die entstehenden Kosten zu finden, z. B. bei seelisch Behinderten die Krankenkassen. Einzelne Jugendämter teilen lapidar mit, ihre personellen Kapazitäten reichten bedauerlicherweise nicht dazu aus, um die notwendigen Verwaltungsaufgaben zu erfüllen, geschweige denn sich als Erziehungsbehörde entsprechend gesetzlichem Auftrag einzusetzen. Einzelne Kommunen bestellen formal den Jugenddezernenten zum Jugendamtsleiter, um einen lästigen Anwalt für die Interessen junger Menschen weniger zu haben. Und vergleicht man öffentliche Schulen mit

Verwaltungsgebäuden und Büros, dann fallen sie durch ihre Verwahrlosung auf, die eine unzulängliche Bauunterhaltung mit sich bringt. Die Ausstattung an Unterrichtsmaterialien lässt viele Wünsche an eine sachgerechte Ausstattung offen.

Fotos: Andre Zelck

Das Geld geht in die Pflichtaufgaben

Betrachten wir nüchtern die reale Situation kommunaler Jugendämter, dann stellen wir im Vergleich zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz heute ein auch methodisch adäquates Instrumentarium im KJHG fest, das lokale Arbeit unterstützt. Allerdings geht der weitaus größte Anteil des Jugendamts-Etats in die Pflichtaufgabe:

1. Jedem Kind vom dritten Lebensjahr an bis zum Schulbeginn muss die Stadt einen Platz im Kindergarten garantieren – eine Vorschrift, die Eltern entlastet und zugleich die elementare Grundbildung sichert, auf die Schule später aufbauen kann. ▶



Schwerpunkt

Jugendhilfe



Karikatur: Platzmann



Dr. phil. Dr. päd. Wolfgang Gernert war bis zu seiner Pensionierung Leiter der Abteilung Landesjugendamt und Westf. Schulen beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Münster) und Honorarprofessor für Jugendhilfepolitik an der Westf. Wilhelms-Universität Münster.

► 2. Vom Kostenvolumen her wachsen die Ausgaben für Erziehungshilfen außerhalb der Familie in Heimen überproportional. Pflegesätze von 150 bis 200 Euro je Tag sind hier die Regel und angesichts des vom Heimträger zu bewältigenden Aufwandes durchaus angemessen.

Falls über diese beiden Positionen hinaus noch Mittel verfügbar sind, können sie in die vielen anderen Jugendhilfeaufgaben fußen, die das Gesetz ebenfalls nennt, nicht aber mit einem einklagbaren subjektiv-öffentlichen Rechtsanspruch versehen hat:

Da ist die offene Kinder- und Jugendarbeit zu nennen, die junge Menschen von der Straße holt und sozialpädagogischer Obhut anvertraut; da sind soziale Brennpunkte mit Spiel- und Lernstube; die mobile Jugendarbeit und die Straßen-Sozialarbeit; die Hilfe für ausbildungs- oder arbeitslose Jugendliche, oft ohne Schulabschluss, in der Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit zu motivieren; die Familienbildung und -erholung; der erzieherische Kinder- und Jugendschutz, um nur einige wichtige Funktionen von Jugendhilfe zu nennen. Sozialarbeiter und Pädagogen treffen immer

wieder auf Kinder und Jugendliche, die zu Hause keine warme Mahlzeit erhalten, die sich nicht in die elterliche Wohnung trauen, denen saubere, warme Kleidung fehlt, die überschuldet oder drogenabhängig sind. Jugendhilfe hat hier die Aufgabe, sich um diese fußkranke Nachhut zu kümmern, um Spätentwickler und Lernbehinderte, um Erziehungsschwierige und Unangepasste. Sie alle sollen in unsere Gesellschaft integriert werden. Jugendhilfe ist für viele die letzte Chance, um einem Dasein als Dauerempfänger in der Sozialhilfe zu entgehen.

Wer soll das alles ändern? Am fehlenden Willen der Rats- und Kreistagsmitglieder liegt es sicher nicht. Das Grundübel besteht darin, den Kommunen immer wieder Aufgaben vom Staat zu übertragen, ohne sie dementsprechend finanziell auszustatten. Und doch sollen auch die kommunalen Mandatsträger Kürzungen im Jugendhilfe-Etat zu verhindern suchen. Denn wer als

Ratsvorsitzender und Verwaltungschef namhafte Verfügungsmittel ausgibt, als Mandatsträger steigende monatliche Aufwandsentschädigungen annimmt, den Fraktionen fulminante Sach- und Finanz-Ausstattungen mit Sekretariat, Dienstwagen und Fortbildungsmitteln bewilligt, vermag kein Vorbild für Sparsamkeit in der Jugendhilfe abzugeben. Ihnen fehlt letztlich auch die Legitimation dafür, aus Kostengründen zu verstärktem ehrenamtlichem Engagement aufzurufen. Wenn Sozialarbeiter aber gesellschaftlich verantwortbare Entscheidungen treffen sollen, darf man ihnen die hierzu notwendigen Mittel nicht versagen.

Und schließlich: Wer die freien Träger zu Eigenleistungen heranziehen will, muss vorher sorgfältig prüfen, ob es sich nicht um eine öffentliche Pflichtaufgabe handelt, die voll kommunal zu finanzieren ist. Der Jugendhilfe-Notstand kann örtlich nur so lange ausgehalten werden, wie sich das Jugendamt und der Jugendhilfeausschuss mit den freien Trägern in einer Partnerschaft sehen, die sich im täglichen Miteinander immer wieder neu bewährt. ◀

Nachholbedarf in der Jugendpolitik

Von Andreas Meiwes

„Kinder und Jugendliche erwarten und benötigen in erster Linie Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit. Das müssen die Träger in unserer Stadt leisten und diesem Bedarf entsprechen. Darauf haben junge Menschen einen Anspruch.“ So argumentierte ein Kommunalpolitiker im Ruhrgebiet in einer Haushaltsdebatte im letzten Jahr und stimmte nach diesem kurzen „fachlichen“ Exkurs der Kürzung von Zuschüssen an freie Träger der Jugendhilfe zu.

Caritas und Kirche sind vielerorts die größten freien Träger der Jugendhilfe. Sie sind derzeit mit einer Situation konfrontiert, die eher daran erinnert, dass die Jugendhilfe abgewickelt statt gestaltet wird – der „Jugendhilfe-Notstand“ lebt.

Nicht selten werden dabei sozialpolitische Fachbereiche von der Politik regelrecht ausgespielt und so zu Konkurrenten auf einem Markt, der in den Fachkreisen mittlerweile zwar nicht verleugnet, gleichwohl aber bekämpft wird. Chancen zur Gestaltung werden oft nicht oder viel zu spät erkannt.

Zweiter Sieger ist in aller Regel die Jugendhilfe und letztlich Kinder, Jugendliche und Familien, denen Kirche und Caritas verlässliche Partner sein wollen. Jugendhilfe in diesen „klammen“ Zeiten kommunal gestalten? Umbau statt Ausbau oder Abbau?

Gestaltungsräume müssen neu angefasst werden: Ein Ausbau der Jugendhilfe ist nur da notwendig, wo geprüft wurde, ob nicht auch durch einen Umbau vorhandener Hilfen gelingende und effektive Hilfen kreiert werden können.

Dabei ist natürlich Vorsicht geboten: Aufgrund der schwindenden finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen sind oftmals Mogelpackungen die Folge statt intelligente und effektive Modelle. Marketingexperten würden es so sagen: „Manche klopfen einem Huhn die Füße platt und verkaufen es dann als Ente.“

Gestaltungsprozesse müssen kommuniziert werden. Diese Kommunikation ist Jugendhilfepolitik. Als Akteure der Jugendhilfe müssen wir mit der Bevölkerung, mit Fachkreisen und vor allem mit der Politik offensiv kommunizieren, streiten und nach Lösungen suchen. Nur so kann es gelingen, moderne Jugendhilfe auf eine breite Basis und auf Zustimmung stützen zu können.

Es braucht eine intensive politisch öffentliche Diskussion über Aufgaben, Möglichkeiten und Strukturen der Jugendhilfe. Hier – in einer stark zu machenden politischen Diskussion der Jugendhilfe, in einer Diskussion zur Sozialarbeitspolitik – besteht immenser Nachholbedarf – auch in Caritas und Kirche.

Jugendpolitische Interessenvertretung ist nicht eine ausschließlich repräsentative Aufgabe im Jugendhilfeausschuss und auf Empfängen aller Art, sondern eine strukturell gewollte, abgesicherte und offensive Kommunikation mit Vertretern politischer Parteien, den Fraktionen, Bezirksvertretungen, den Mitarbeitern der Verwaltung und den anderen Akteuren der Jugendhilfe in den Wohlfahrts- und Jugendverbänden.

Kirche und Caritas sind ohne Jugendhilfe, ohne eine gelebte Verantwortung für die nachfolgenden Generationen, nicht vorstellbar. Wir benötigen gerade in Zeiten knapper Kassen Klarheit über das, was wir tun wollen und können. Die „Jugendhilfe“ wird sich offensiv in die begonnene Bildungsdebatte einmischen müssen und ihre Funktionen, Rollen und Leistungen reflektieren. Es werden neue Partnerschaften entstehen und damit neue Gestaltungsräume.

Die ständige Weiterentwicklung des Systems Jugendhilfe an den Notwendigkeiten der Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen ist unbestritten notwendig.

Als engagierter Anwalt von Kindern, Jugendlichen und Familien müssen wir als Caritas deshalb eindeutig Position beziehen.

Notwendig ist eine verbandlich abgestimmte und engagierte Einmischung der Akteure in die Jugendpolitik vor Ort – eine Chance wider den „Jugendhilfe-Notstand“. ◀



Andreas Meiwes ist Direktor des Diözesan-Caritasverbandes Essen und Herausgeber von Caritas in NRW.
Foto: Pohl



Familien unterstützen!

In einer Zeit rasanter Veränderungen muss die Jugendhilfe offensiver vorgehen!

Von Birgit Fischer

Die Kinder- und Jugendhilfe leistet für die Entwicklung unserer Kinder einen unverzichtbaren Beitrag zur Erziehung und Bildung. Sie soll Kinder in ihrer Entwicklung fördern, sie auf den Weg zur eigenständigen Persönlichkeit begleiten und Eltern bei der Erziehung unterstützen.

Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe müssen ein ausgewogenes, fachlich angemessenes und dem Bedarf entsprechendes Angebot an Einrichtungen der Erziehung und Bildung, der Beratung und Unterstützung sowie der direkten Hilfe zur Verfügung stellen. Das Land trägt für den gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote Sorge und unterstützt die Jugendämter.

Die Städte, Kreise und Gemeinden sowie das Land haben die Kinder- und Jugendhilfestruktur insbesondere seit den siebziger Jahren ausgebaut. Heute verfügen wir in NRW über eine breite Palette fachlich guter Einrichtungen und Angebote. Dazu haben die freien Träger maßgeblich beigetragen.

Zugleich aber ist auch der Bedarf gestiegen, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Veränderungen in unserer Gesellschaft erheblich auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und die Erziehungskompetenz der Eltern auswirken. Ich nenne nur die Globalisierung der Wirtschaft mit ihren Folgen für die beruflichen Perspektiven junger Menschen, die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, den Wandel der Familie und die Herausbildung einer Medien- und Wissensgesellschaft.

Diese Entwicklung bringt Chancen und Möglichkeiten für junge Menschen mit sich, birgt aber auch Risiken. Vor allem benachteiligte Kinder und Jugendliche brauchen eine intensive Förderung. Dazu gehört auch, die Familien bei der Erziehung zu unterstützen.

Unbestreitbar ist aber, dass die Erziehung in öffentlicher Verantwortung wichtiger geworden ist. Dies zeigt

beispielsweise der Kindergarten, denn mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist der Kindergartenbesuch für nahezu alle Kinder selbstverständlich geworden. Auch die wachsende Zahl an erzieherischen Hilfen – allein im Jahre 1999 wurde in Nordrhein-Westfalen in knapp 191 000 Fällen „Hilfe zur Erziehung“ geleistet – macht das Ausmaß der erforderlichen Unterstützung und Hilfe deutlich. Allein für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen geben Land und Kommunen jährlich rund 1,8 Milliarden Euro aus; für die Sicherstellung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit rund 250 Mio. Euro.

Die öffentlichen Haushalte sind heute in einer schwierigen Phase: Alle Bereiche müssen das vorhandene Geld zielgenau und wirksam einsetzen. Das bedeutet aber nicht, dass die Jugendhilfe „Steinbruch für andere Finanzlöcher“ wäre. In den vergangenen Jahren hat der Jugendhilfebereich weiter zugelegt, sowohl in der Zahl des Personals als auch in den Sachausgaben.

Wir werden aber unseren Blick nicht allein auf die Kosten konzentrieren dürfen. Wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir die Angebote und die Infrastruktur den neuen Erfordernissen anpassen können.

Ich bin davon überzeugt, dass wir eine offensive Qualitätsdiskussion benötigen. Diese darf sich nicht allein auf die Veränderung von Organisationsformen beschränken, sondern muss auch fragen, welche Fachlichkeit wir brauchen und wie wir sie sichern können, damit Jugendhilfe wirksamer einsetzen kann.

Ich bin sicher, dass diese Diskussion offensiv geführt werden muss und dass sie auch eine Veränderung des Profils der Kinder- und Jugendhilfe mit sich bringen wird. Ich habe den Eindruck, dass die Jugendhilfe diesen Prozess zu defensiv begleitet und eher das verteidigt, was sie erreicht hat, und sich nicht offensiv genug danach fragt, welche Einrichtungen und Angebote sie braucht, um Kindern und Jugendlichen in einer Zeit rasanter Veränderungen Orientierung und Unterstützung zu geben. Hier müssen öffentliche und freie Träger an einem Strang ziehen. Nur so werden sie sich ergänzend zur Familienerziehung behaupten können. ◀

Birgit Fischer ist Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen.



Hilflose Jugendhilfe

Von Albert Wunsch

„Ohne Jugend wird eine Gesellschaft nicht alt.' Daher muss die Jugendhilfe mit mehr Geld ausgestattet werden!“ So ein kommunaler Jugendpolitiker innerhalb der Haushaltsberatungen. Die Entgegnung aus den Reihen der Mehrheitspartei kam prompt: „Wenn wir die Ursachen der vielen Probleme nicht in den Griff bekommen, reicht auch eine Verdoppelung des Etatansatzes nicht.“ Darauf konterte die Opposition: „Sie wollen das Geld doch lieber für Ihre Prestigeprojekte im Kulturbereich ausgeben.“

Mir ging dieser Schlagabtausch auch nach vieljähriger Mitgliedschaft in einem Jugendhilfeausschuss (JHA) nach. Die Frage, ob ein Jugendhilfe-Etat zum Steinbruch für Finanzlöcher in anderen Ausgabenbereichen

zu werden droht, ist häufig keine inhaltliche Frage, sondern eine der jeweiligen Mehrheitsverhältnisse.

Und doch steht die Stabilität bzw. Instabilität der Erziehungs- und Lebensbedingungen von Familien im Prüffeld. So wird der dauernde Ruf nach mehr Geld für die Jugendhilfe gleichzeitig zum Memorandum sich potenzierender desolater Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen. Um diese jedoch zu verbessern, hilft eine Aufstockung von Jugendhilfe-Etats nur begrenzt. Würde den Intentionen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) gefolgt, stünde nicht Symptom-, sondern Ursachenbekämpfung an.

Um ein Bild zu benutzen: Würden nicht die Verantwortlichen eines Ortes, in dem es häufig brennt, als erste Notmaßnahme die Feuerwehrrkräfte aufstocken, dann aber möglichst bald versuchen, die Ursachen zu klären, um überhaupt Brände zu vermeiden?

Dauerreparatur oder Qualitätsverbesserung?

Bezogen auf die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen, ist demnach zu klären, wo die Ursachen für die vielen offensichtlichen Krisen und Brennpunkte liegen. Allgemeines erzieherisches Unvermögen, Trennung und Scheidung, Vernachlässigung oder Verwöhnung einfach als Ausdruck der modernen Gesellschaft hinzunehmen führt nicht weiter. Setzt hier keine Analyse ein, wird nur an den Symptomen herumgewerkelt. Die Lösung kann nur in einer Bündelung aller Kräfte liegen, die Fähigkeiten zu einem eigenverantwortlichen Leben auszubauen. Denn die Kehrseite von perfekter und schneller Hilfe ist, sich auch von Resten eigener Verantwortung zu verabschieden. So führt z. B. die Einrichtung eines Mittagstisches für tagesobdachlose Kinder dazu, das die mit diesen Kindern zusammenlebenden Erwachsenen – ich vermeide bewusst den Begriff Eltern – sich noch entspannter zurücklehnen können. Gleichzeitig „belehnt“ der Staat diese Vernachlässigung mit einem zusätzlichen Finanzsegen. Demnach erhalten die Menschen, die, ihrem Egoismus frönend, permanent soziale Probleme erzeugen, in der Addition aller „Hilfekosten“ ein „Zusatzkindergeld“, das selbst mutigste Sozialpolitiker bisher nicht zu fordern wagten.

Die Bereitschaft und Fähigkeit, Kinder in ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen, nimmt ständig ab. Belege für eine Krise zwischen „Erziehungsnotstand“ und „Erziehungskatastrophe“ sind ausreichend vorhanden. Die Jugendhilfe als staatlich finanzierter Reparaturbetrieb wird trotz Sonderlichkeiten nicht erfolgreich sein, wenn sich die Erziehungsverantwortung in Elternhaus und Schule weiter verflüchtigt.

Der Landtag von NRW hat kürzlich einstimmig das Recht von Kindern auf „altersgerechte Lebensbedingungen“ und den Schutz vor „Vernachlässigung“ in die Verfassung aufgenommen. Die „gemeinsame Zukunftsverantwortung“ für die Lebensbedingungen der nachwachsenden Generation heißt für Jugendministerin Birgit Fischer auch, Kinder ernst zu nehmen und nicht über ihre Köpfe zu entscheiden. Den Worten müssen nun Taten folgen. ◀

Dr. Albert Wunsch ist Verfasser des Bestsellers: „Die Verwöhnungsfalle. Für eine Erziehung zu mehr Eigenverantwortlichkeit“ (Kösel-Verlag), Leiter des Katholischen Jugendamtes in Neuss sowie Dozent an der FH und Uni Düsseldorf.



Foto: Zelck



Schwerpunkt

Erziehung wird öffentlich

Die Idee der Gemeinwesenarbeit kehrt zurück, wenn Einzelne überfordert sind und der Staat fast pleite ist

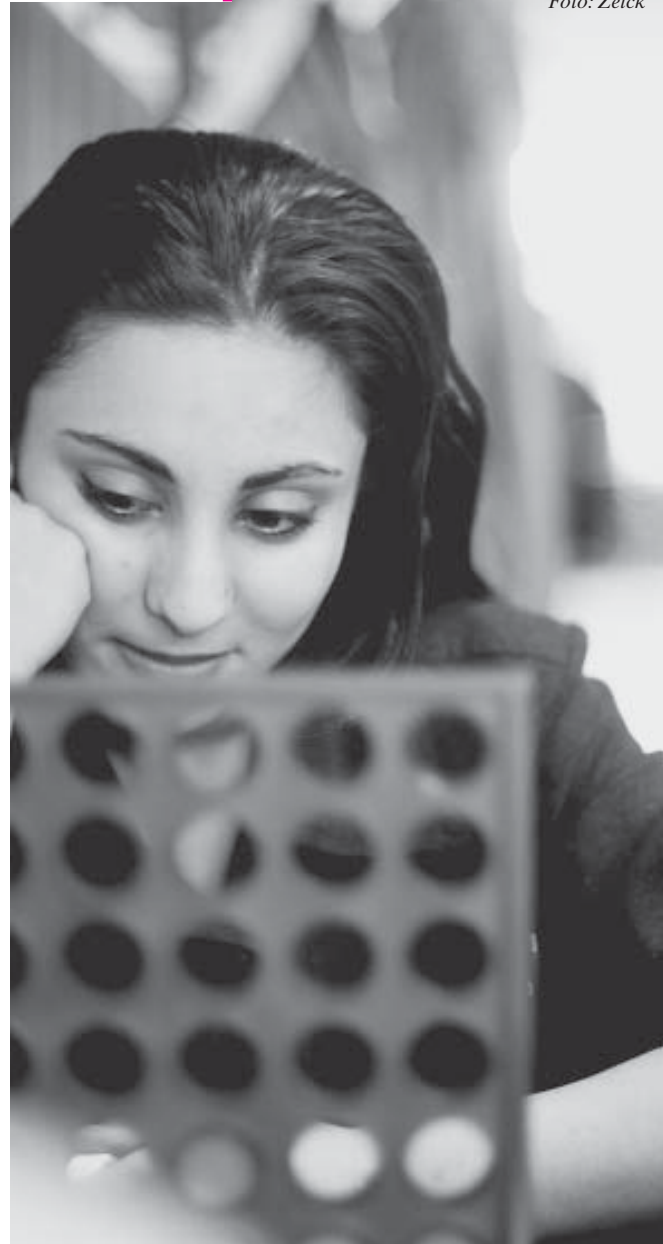
Von Harald Westbeld

Weisheit liegt in dem afrikanischen Sprichwort: „Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.“ Dabei müssen die Dorfbewohner nicht alles ausgebildete Fachleute sein, schränkt Norbert Pastoors, Leiter des Anna-Stifts in Goch, ein. Aber die Statistik zeigt deutlich, dass sie immer häufiger beteiligt sind. Erziehung wird zunehmend öffentlich.

Drei Prozent der unter 21-Jährigen erhalten inzwischen irgendeine Form erzieherischer Hilfe, Tendenz steigend. Grund ist für Pastoors unter anderen eine gesellschaftliche Errungenschaft, die wir alle genießen: die Freiheit, unter vielen verschiedenen Lebensentwürfen wählen zu dürfen und zu können. Die Kehrseite ist die mangelnde Orientierung, mit der nicht alle klarkommen.

Kind zu sein ist in dieser Beziehung heute anstrengender. Beispiel Schule: Gab es früher eine klare Empfehlung nach der Grundschule für die weiterführende Schulform, bleibt die Entscheidung heute den Eltern überlassen. „In einer Gesellschaft, die stark Wert auf Äußerlichkeiten legt, kennen schon die Grundschüler das Etikett, welche weiterführende Schule für sie in Frage kommt“, sagt Pastoors. Das führe dazu, dass etwa zehn bis 15 Prozent der Kinder in eine Schulform wechseln, die sie überfordert und damit häufig Versagensängste mit all ihren Konsequenzen auslöst.

Es kann aber nicht darum gehen, „den Eltern die Erziehung abzunehmen“, meint Norbert Pastoors, vielmehr müssen ihnen Wege aufgezeigt werden für ihre Erziehung und müssen neue Beteiligungsformen geschaffen werden: „Ich denke auch, dass wir Nachbarschaftshilfe brauchen.“ Der Heimleiter glaubt an eine Renaissance der Gemeinwesenarbeit in der Sozialarbeit.



„Eltern haben nicht immer einen konkreten Bedarf an Hilfen“, hat Pastoors erfahren, wohl aber an Beratung. Die Kinder- und Jugendhilfe müsse dafür ihre Strukturen teilweise verändern, statt Komm-Strukturen beispielsweise aufsuchende Beratung anbieten: „Dies spricht stark für ein flexibles System, das nah am Menschen dran ist.“

Da hat sich schon viel getan in den letzten Jahren. Pastoors hat den Wandel im Anna-Stift selbst vorangetrieben und sieht ihn als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Erziehungshilfen in vielen Diensten und Einrichtungen in der Diözese Münster. Die Zahl der Heimplätze ist bei ihm nur um einen auf 46 gestiegen. Aber es gibt jetzt 17 statt sechs Tagesgruppenplätze und drei Mitarbeiter in den „aufsuchenden Hilfen“, die Familien pädagogische Hilfen und Beratung anbieten.

Gerade im ambulanten Feld spiegeln sich schwindende Betreuungsmöglichkeiten, finanzielle Belastung der Familien und mangelnde Orientierung als Belastungsfaktoren in der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen wider. Um 50 Prozent hat die Erziehungsberatung zwischen 1991 und 1999 zugelegt, die Sozialpädagogische Familienhilfe sogar um 88 Prozent. Auch die Heimerziehung ist um zwölf Prozent gewachsen.

Allerdings schwankt dies regional, denn die Beurteilung der Jugendämter ist verschieden, ab wann und welche Hilfe notwendig ist. Natürlich ist es auch eine Frage der Finanzen. Norbert Pastoors wünscht sich hier Orientierung: „Es müssten Maßstäbe gesetzt werden, ab wann eine Familie Hilfe braucht.“ Wobei die Jugendämter nach seinen Beobachtungen sich gut qualifiziert haben, „die schätzen das schon gut ein“.

Jugendämter sind unterbesetzt

Die Jugendämter sind aber nicht mit den Erziehungsproblemen gewachsen. Ihre Möglichkeiten sieht Pastoors erschöpft, sodass teilweise Familien nicht sofort

„ Eltern haben nicht immer einen konkreten Bedarf an Hilfen, dies spricht stark für ein flexibles System, das nah am Menschen dran ist. “

eine Antwort bekommen können. So klamm, wie die Kommunen sind, ist auch nicht mit Besserung zu rechnen. Dabei sind es andere, die die Vorgaben liefern: „Die kriegen die Suppe von Bund und Land serviert und sollen mal löffeln“, sagt Pastoors, „es kann aber nicht angehen, dass die Gemeinden all diese Aufgaben übernehmen sollen ohne eine Refinanzierung.

Womit wir wieder einmal bei der Frage wären, wie viel die Gesellschaft bereit ist für eine gute Entwicklung ihres Nachwuchses auszugeben. Bisher entspricht die Summe nur dem jährlichen Investitionsvolumen von VW. Auch hier gibt es die Freiheit zu entscheiden. ◀

Teure Jugendhilfe?

Kostenexplosion und Leistungsabbau entpuppen sich als Vorurteile

Das Image klebt hartnäckig vor allem an der Heimerziehung: kostenträchtig, eigentlich viel zu teuer, als dass wir sie uns noch leisten könnten. Insgesamt zwingen gerade auch die steigenden Kosten der Jugendhilfe die Kommunen und Kreise in die Knie. Und die Wirklichkeit? Eine Auswertung der Statistiken und nähere Betrachtung der Haushalte relativieren das Bild beträchtlich und stempeln die Meinung von der teuren Jugendhilfe zur Mär. Reinhard Liebig und Norbert Struck* haben bei ihren Berechnungen herausgefunden, dass gerade mal 7,1 Prozent der Leistungen für soziale Sicherung auf die Jugendhilfe entfallen. Damit liegt die Summe noch deutlich unter der Sozialhilfe (11,5 Prozent) und der Arbeitsförderung (ca. 10 Prozent).

Von den Ausgaben für Jugendhilfe entfällt über die Hälfte der rund 16 Milliarden Euro 1998 auf die Tageseinrichtungen für Kinder. Insgesamt sind die Aufwendungen in den letzten Jahren leicht gestiegen, aller-

dings nur in den alten Bundesländern, während im Osten die Ausgaben verringert wurden. Für Hilfen zur Erziehung wandten die öffentlichen Träger 1998 insgesamt 4,2 Milliarden Euro auf. Als bevölkerungsreichstes Bundesland lag dabei Nordrhein-Westfalen an der Spitze mit einer knappen Milliarde Euro. Damit standen hier für jeden Bürger unter 18 Jahren 284 Euro zur Verfügung. Zwischen 1995 und 1998 ist diese Summe um 13,6 Prozent gewachsen.

Wohin der Trend geht, ist schwer einzuschätzen, da dabei nicht nur der tatsächliche Bedarf der Familien an Unterstützung, sondern auch die fiskalischen Vorgaben eine Rolle spielen. Da vor allem die Zwölf- bis 18-Jährigen Hilfen zur Erziehung benötigen und hier der Pillenknick noch nicht angekommen ist, kann bei unveränderten finanziellen Voraussetzungen von einem weiteren Wachstum ausgegangen werden.

Grund zur Panik besteht jedoch auf keiner Seite. Liebig und Struck stellen als Fazit fest: „... dass von einer Kostenexplosion in der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt keine Rede sein kann – ebenso wenig, wie flächendeckend von einem Leistungsabbau gesprochen werden kann.“ H.W. ◀

* „Was kostet die Jugendhilfe?“ in *Kinder- und Jugendhilfereport 1*, herausgegeben von Thomas Rauschenback und Matthias Schiling, Votum Verlag, 2001.



Schwerpunkt

Ein Bett vielleicht

Straßenkinder in Deutschland sind „fertig“ mit der Erziehung. Hilfe bedeutet hier Grundversorgung und Anwaltschaft.



Von Thomas Rünker

Die Bezeichnung „Haus“ wäre für Raum 58 zu viel des Guten. Ohne Umwege steht man im „Wohnzimmer“, wenn man die Tür des altmodischen Flachbaus öffnet. Ein großer Tisch, Stapelstühle, Industrie-Spinde und eine IKEA-Couch verbreiten hier den Charme von Wohngemeinschaft und Jugendherberge. Doch den Kids ist das egal. Sie wollen ein Bett – mehr nicht. Und das bekommen sie in Essens einziger Notschlafstelle für Minderjährige.

Vielleicht 30 oder 40, vielleicht 70 Straßenkinder gibt es in Essen. Kinder und Jugendliche, die manchmal erst zwölf, manchmal schon 20 Jahre alt sind und deren Lebensmittelpunkt die Straßen und Fußgängerzonen der

Essener City sind. Sie haben kein festes Zuhause mehr. Oft sind sie bei den Eltern rausgeflogen, haben nach Randalen, Diebstahl oder Drogen manchmal sogar in Kinderheimen Hausverbot oder wollen dorthin nicht zurück. Es sind Teenager, die durch die meisten Mänschen des sozialen Netzes geschlüpft oder gefallen sind und denen der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) zusammen mit dem CVJM seit Juli letzten Jahres zumindest ein nächtliches Dach über dem Kopf anbietet. Sabine* kommt seit einer Woche in den Raum 58. Mit zehn Jahren kam die jetzt 15-Jährige das erste Mal ins Heim. Da ist sie irgendwann abgehauen. „Ich kam mit den festen Regeln nicht klar.“

Harte Drogen auf der Straße

Sie lebte auf der Straße, übernachtete hier und dort, bei Freunden oder Kollegen. Leichte Drogen wie Nikotin und Marihuana hatte sie schon vorher kennen gelernt. Jetzt kam Härteres hinzu: Heroin-Spritzen, LSD ... Ein halbes Jahr dauerte es, bis sie körperlich so weit abgebaut hatte, dass sie keinen anderen Ausweg mehr wusste, als den Doktor vom „Arzt-Mobil“ aufzusuchen, der mobilen Ambulanz für Mittel- und Obdachlose. 25 Kilo wog sie, als der sie ins Krankenhaus einwies, und es hätte nicht länger dauern dürfen bis zum Beginn ihrer Entgiftungstherapie. Jetzt sei sie „clean“, sagt sie. Zumindest was das Heroin angeht. Aber zurück in ein Heim wollte sie bislang trotzdem nicht. Den Raum 58 hingegen findet sie „cool“. Hier fühlt sie sich wohl und hat zumindest eine geordnete Übernachtungsmöglichkeit – die aber ihren Tagesablauf auf der Straße, das Herumziehen mit den Freunden, der „Familie“, wie die Kids sagen, nicht antastet. Immerhin: Nach einer Woche in der Notschlafstelle ist Sabine so weit, dass sie überlegt, sich vielleicht auf eine lockere Wohngemeinschaft in einem Heim einzulassen. Schließlich ist ihr klar: „Hier im Raum 58 kriege ich mein Leben auf Dauer nicht in den Griff.“ Das ist auch nicht der Anspruch der Sozialarbeiter in der Notschlafstelle. Sie bieten in erster Linie eine Übernachtungsmöglichkeit für die Jugendlichen, denen andere Einrichtungen der Jugendhilfe „zu hochschwellig“ sind, zu weit weg vom Leben der Straßenkinder. Um 20 Uhr öffnet der Raum 58, und die ersten Besucher stehen pünktlich auf der Matte. Acht Betten stehen für sie an sechs Tagen pro Woche zur Verfügung, die zwischen Juli und Dezember 2001 immerhin zu 81 Prozent ausgelastet waren. Traumzahlen aus Sicht eines gewöhnlichen Hotels. Natürlich geht um acht noch



niemand ins Bett. Da wird gequatscht, geraucht, und wer kein Geld für eine Pizza hat, für den steht ein Topf Grünkohl von der „Essener Tafel“ auf dem Tisch. Heute Abend ist die Atmosphäre am Gruppentisch locker, friedlich, fröhlich. Aber auch Spannungen sind nicht selten in der Notschlafstelle. Kein Wunder bei dem Sozialverhalten der Übernachtungsgäste. Die Aufsicht während der Nacht führen zwei Honorarkräfte – Studenten, die oft allein aufgrund ihres Alters einen ganz anderen Zugang zu den Jugendlichen haben als die Sozialarbeiter. Ihnen steht eine dürftige, aber wirkungsvolle Hausordnung zur Verfügung:

Verboten sind Alkohol- und Drogenkonsum, Dealen, schwere Diebstähle und körperliche oder verbale Gewalt. Wer dagegen verstößt, wird verwarnet und bei gravierenden Fällen vor die Tür gesetzt. „Wir können hier nicht anfangen, für unter 16-Jährige ein Rauchverbot durchzusetzen“, erklärt Sozialarbeiterin Manuela Grötschel, „da lachen uns die Kinder aus.“ Ganz bewusst verzichtet das Team vom Raum 58 auf ein zu starres Regelwerk, um überhaupt wieder Zugang zu finden zu Kindern, die gerade wegen der Regeln den Kontakt zu Institutionen, die sie erziehen möchten, abgebrochen haben.

Mut machen für den Weg zurück

Spätestens um neun Uhr morgens entlässt Raum 58 seine Gäste, gestärkt mit einem Frühstück. Die meisten gehen nun wieder ihrem Alltag auf der Straße nach. Wer aber möchte, findet in den Sozialarbeiterinnen hilfreiche Ansprechpartner bei allen Problemen, sei es bei Konflikten mit Polizei und Gerichten, sei es beim gemeinsamen Gang zum Arbeitsamt. 63 verschiedene Jugendliche besuchten den Raum 58 in 2001. Immerhin 17 von ihnen wollten dort mehr als ein Bett und wurden von den Sozialarbeiterinnen zum Jugendamt oder wieder in ein Heim vermittelt. „Parteilichkeit und Anwaltschaft für die Kinder gehören zu unseren Aufgaben“, sagt Manuela Grötschel. Wer sich ihr anvertraut, kann sicher sein, dass sie erst einmal auf seiner Seite ist. So fassen Kids Mut, die bisher oft

schlechte Erfahrungen mit Jugendamt oder anderen Einrichtungen gemacht haben. So ließ sich auch der 15-jährige Mike* im Raum 58 davon überzeugen, dass eine „Auslandsmaßnahme“, also ein Jahr Lernen und Arbeiten in einer völlig fremden Umgebung, das richtige sei, um ihn nach Abbruch des Gymnasiums, kleineren Straftaten und einiger Zeit „auf der Straße“ wieder zurück auf den rechten Weg zu bringen. Wer möchte, darf am nächsten Abend wieder in den Raum 58 kommen – auch ohne ein Angebot der Sozialarbeiter wahrgenommen zu haben. Und auch ohne seinen Namen zu nennen. Nur bei Minderjährigen ist das Team spätestens nach der vierten Nacht verpflichtet, die Anonymität zu lüften und nachzuforschen, ob das Kind nicht vielleicht als vermisst gemeldet wurde. Ansonsten darf jeder kommen „der (r)ausgeflogen ist und sicher zwischenlanden will“, wie es in der Visitenkarte der Notschlafstelle heißt. Jeder, der nur ein Bett sucht – und nicht mehr. ◀

** Name geändert*

Fotos: Zelck

„Schwierige Kinder“

„Was tun mit schwierigen Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe?“ lautete das Thema einer Fachtagung des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn im vergangenen Jahr in Hövelhof.

Die Dokumentation der Referate und Praxisbeiträge (Preis 5 €) ist erhältlich beim DiCV Paderborn
Referat Jugendhilfe
Postfach 13 60
33043 Paderborn
Tel. 0 52 51/2 09-3 05, Fax -3 20
r.proeger@caritas-paderborn.de



Schwerpunkt

Parkhäuser für Kinder?

Ein Plädoyer für die Aufwertung und Förderung von Erziehung und Bildung

Von Albert Wunsch

Das KJHG verdeutlicht, dass es um die Förderung von Kindern und Jugendlichen – in ihren Familien – zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Menschen geht. Dabei haben die ersten drei Jahre – so die Entwicklungspsychologie – die prägendste Bedeutung.

Diese Erkenntnisse werden meistens außen vor gelassen oder auf den Kopf gestellt, wenn es um die Suche nach Tages-Betreuungsplätzen für die unter Dreijährigen geht. Wer jedoch Gelderwerb, Konsumteilhabe und Individualismus zur Maxime persönlichen Lebensglücks erklärt, sollte sich nicht wundern, dass jegliche Erziehungsleistung dabei nicht hoch im Kurs steht. Diesem Trend folgte auch der Bundeskanzler, indem er Erziehungsfragen zu den „Gedöns-Themen“ zählte. So gerät die Zukunft von Kindern immer mehr dorthin, wo sich die Erziehung schon befindet: „am Rande“!

Manchmal ist Berufstätigkeit nur eine „Flucht“ aus dem Haus. Erziehungsverantwortung bleibt dabei auf der Strecke. Diese wird dann an Betreuungseinrichtungen – von der Kinderkrippe über den Kindergarten zum Kinderhort – und an die Schule abgetreten. Maßstab dabei sind nicht Kinderbedürfnisse sondern Erwachseneninteressen. Das KJHG drückt sich im § 22 zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen unmissverständlich aus: „Die Aufgabe umfasst die Betreuung, Bildung und Erziehung des Kindes. Das Leistungsangebot soll sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familie orientieren.“ Wer also vor dem Hintergrund dieses Paragraphen mehr „Betreuungsplätze“ fordert, sucht im Grunde beaufsichtigte Parkhäuser für Kinder. Denn „Bildung und Erziehung“ werden ja bewusst oder unbewusst ausgeklammert.

Dr. Albert Wunsch



Auch in der restlichen Zeit werden Kinder zu häufig sich selbst überlassen. Gleichgültigkeit versteckt sich als Zugewandtheit: „Du darfst“ ... früher vom gemeinsamen Abendessen weggehen, noch länger aufbleiben, in diesen Film gehen, einen eigenen Fernseher im Zimmer haben, über Nacht wegbleiben, in Urlaub fahren, mit wem du möchtest, usw. So wird stringent Inkonsequenz gelebt und Orientierung verunmöglicht.

Stichwort Beziehung

Ein Blick in die Folgen von Beziehungs- und Erziehungsproblemen kann die Motivation für eine kritische Ursachenklärung solcher Konflikte verstärken. Die Scheidungsrate ist bei Paaren, wo ein Partner aus einem geschiedenen Elternhaus kommt, doppelt so hoch wie bei Paaren aus nicht geschiedenen Elternhäusern. Kommen beide aus einem geschiedenen Elternhaus, verdoppelt sich der Prozentsatz nochmals Unabhängig von diesen Spätwirkungen brauchen Kinder durchschnittlich sechs Jahre, um die Scheidung ihrer Eltern halbwegs verkraften zu können, so eine Untersuchung des vergangenen Jahres.

„Nicht zerrüttete, alltägliche Beziehungen werden massenhaft getrennt.“ Diese Aussage machte nicht ein besorgter kirchlicher Würdenträger, sondern sie stammt von dem eher linksliberal einzuordnenden Sexual- und Paarforscher Prof. Gunther Schmidt aus Hamburg.

Jugendhilfe als Prüfstein für Zukunft

Wenn eine Gesellschaft dem Besitz von Geld eine Spitzenpriorität einräumt, die Erziehung von Kindern aber nicht auch finanziell anerkennt, muss sie auf Dauer zwangsläufig scheitern. Es geht um das Erlernen des Lebens und um das Überleben unserer Gesellschaft. Werden wegen der vielen Probleme in den Familien die Finanzmittel der Jugendhilfe dauernd aufgestockt, fehlt bald das notwendige Geld. Finden wir nicht über eine Problemanalyse zur konsequenten Verbesserung der Bedingungen für ein Zusammenleben in Familien, werden wir zu Zeitzeugen des eigenen Untergangs. Denn keine noch so gut – personell, fachlich und finanziell – ausgestattete Jugendhilfe kann das leisten, was nur innerhalb einer konzertierten Aktion aller gesellschaftlichen Kräfte leistbar ist, den Wert guter Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen neu in den Blick zu nehmen. Denn ohne eine starke und verantwortungsbewusste Jugend wird eine Gesellschaft nicht alt. ◀

Großer Zulauf

Erziehungsberatung hilft, wenn in der Familie die Nerven blank liegen

Von Claudia Konopka

„Unsere Arbeit ist stärker gefragt denn je.“ Berthold Ebel, Leiter der Erziehungsberatung des Sozialdienstes katholischer Frauen in Dortmund, sieht diese Bilanz mit gemischten Gefühlen. Die zwölf über das Stadtgebiet verteilten Beratungsstellen dienen vielen Familien als Anlaufstelle, wenn es um Probleme wie Entwicklungsstörungen, Schulschwierigkeiten oder ständige Machtkämpfe geht.

Etwa 1 850 Eltern und Kinder haben im vergangenen Jahr Angebote der Beratungsstelle genutzt. Die Zuwachsraten der letzten Jahre haben mehrere Ursachen. Zum einen wird mehr über Erziehung diskutiert und informiert. Aber auch der Leistungsdruck auf die Kinder und Jugendlichen wird größer, viele kommen mit Schulbeginn zum ersten Mal in die Beratungsstelle. Die meisten Kinder sind zwischen sechs und zwölf Jahren alt, darunter etwa zweieinhalbmal so viel Jungen wie Mädchen. Auffällig ist die hohe Zahl der allein erziehenden Eltern, die über 40 Prozent der Rat Suchenden stellen. Was dagegen den Verdienst angeht, gibt es keine „typische“ Familie.

Die Arbeit in der Beratungsstelle umfasst Information und Prävention, Beratung, Diagnostik, Heilpädagogik und Therapie. „Bei uns stehen die Kinder im Vordergrund“, erläutert Diplom-Sozialarbeiterin Lydia Wulfert. Unter Wahrung der Verschwiegenheit erarbeitet sie mit Kindern und Eltern eine Strategie, mit den Konflikten und Belastungen umzugehen und Probleme in Zukunft eigenständig zu lösen. Die Beraterinnen und Berater geben nur Anregungen, die Familienmitglieder entscheiden selbst, welche sich in ihrer Situation umsetzen lassen. Für diese Arbeit steht ein breites Spektrum therapeutischer Möglichkeiten zur Verfügung, unter anderem Spieltherapie, Familientherapie und heilpädagogische Behandlungskonzepte. Sollte weiter gehende Hilfe notwendig sein, vermitteln die Berater an entsprechende Einrichtungen.

Für die Familien ist das Angebot kostenlos und unbürokratisch. Viel wichtiger ist der Wille zur Mitarbeit.



Wer ein Beratungsgespräch lediglich über sich ergehen lässt, wird wieder nach Haus geschickt. Die meisten Familien kommen wegen Entwicklungsstörungen, Beziehungsproblemen und Schulschwierigkeiten in die Beratungsstellen. Nicht selten treten erst im Beratungsverlauf die eigentlichen Ursachen zutage. Verständlicherweise gibt kaum jemand bei der ersten Anmeldung „sexuellen Missbrauch“ oder „Kindesmisshandlung“ an. Manche Probleme werden offensichtlich über Generationen verschleppt. Die Berater erleben immer wieder Mütter, deren eigene traumatische Erfahrungen zum Thema werden.

Großen Zulauf hat die neu eingerichtete „Offene Sprechstunde“. Zweimal pro Woche können Rat Suchende ohne Anmeldung und Wartezeiten in die Beratungsstellen kommen. Auch Kinder und Jugendliche, die von sich aus eine Beratung zu einem akuten Problem wünschen, können am gleichen oder nächsten Tag in die Beratungsstelle kommen. In den meisten Fällen ist allerdings Geduld gefragt: Obwohl zwei ehrenamtliche Mitarbeiterinnen das Team unterstützen, sind die Kapazitäten der Beratungsstelle ausgelastet. Die Berater stehen immer wieder vor einem Dilemma: „Wir würden gerne stärker präventiv tätig werden, aber dann fehlt uns die Zeit für andere wichtige Tätigkeiten“, bringt es Sozialarbeiterin Lydia Wulfert auf den Punkt. ◀

Vorsichtig nimmt Heilpädagogin Monika Nikolai Kontakt mit einem Kleinkind auf, Puppe Lissy vermittelt dabei.

Foto: Konopka

Bibliographie Jugendsozialarbeit

(ml) Erheblich erweitert und aktualisiert worden ist die Bibliographie Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe 1900-2000, herausgegeben von der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit. Die von dem Wissenschaftler Manfred Hermanns verfasste Bibliographie enthält auf 324 Seiten über 2 500 Literaturhinweise und wendet sich vor allem an die Praktiker mit ihren aktuellen Problemen und Fragestellungen. Sie will ihnen den Zugang zu der Fülle der Ansätze, Maßnahmen, Angebotsformen, Projekte und Hilfen zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen und zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen junger Menschen erleichtern.

Bestellungen per Fax unter 07 00-5 24 55 76 79 (39,90 €).

Verschiebebahnhof Jugendhilfe

*Jugendhilfe light:
Kids in einem Duis-
burger Schülerclub.
Foto: Zelck*

Hilfe wird manchmal so lange verschleppt, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist – dann ist guter Rat teuer

Von Peter Willenborg

Warmes, helles Holz überall, an der Decke hängt ein Himmel aus blauem Stoff, in dem kleine Glühbirnen wie Sterne leuchten. Darunter baumelt eine Hängematte, in der ein etwa zehn Jahre alter Junge mit Schwung hin- und herschaukelt. „Hallo, Herr Hölzl!“, ruft er dem eintretenden Besucher zu. Der Direktor des heilpädagogisch-therapeutischen Zentrums und der Journalist, der ihn begleitet, werden mit neugierigen Fragen bestürmt: „Wer ist denn das? Was will der hier?“

Sechs Kinder haben in dem behaglich eingerichteten Wohnhaus in Kürten-Biesfeld ihr Zuhause – idyllisch auf einem Berg gelegen, direkt am Waldrand. Sie schlafen in diesem Haus, essen zusammen, spielen gemeinsam und werden sogar im gleichen Gebäude unterrichtet – teilweise über mehrere Jahre. Es sind autistische Kinder und Kinder mit Kommunikationsstörungen oder Verhaltensauffälligkeiten. „Die Umgebung hier

ist für diese Kinder schon Teil der Therapie“, sagt Heinrich Hölzl, der die Einrichtung etwa 30 Kilometer östlich von Köln schon seit 23 Jahren leitet. Hier gibt es Natur, jede Menge Platz zum Spielen und Toben – und auch Raum, den anderen aus dem Wege zu gehen. Das ist besonders für autistische Kinder wichtig, die Probleme haben, Kontakt zu ihren Mitmenschen aufzunehmen.

Wenn Eltern und Erzieher überfordert sind

Viele der Kinder, die hier leben, haben schwierige Erfahrungen machen müssen. Einige wurden gar vernachlässigt oder misshandelt. Manche sind schon im Kindergartenalter extrem auffällig und provozieren ständig Konflikte. Eltern und Erzieher stehen oft vor schwierigen Situationen, mit denen sie überfordert sind. „Ein Junge hat sieben Jahre lang nicht gesprochen“, erzählt Heinrich Hölzl. „Bei uns hat er wieder angefangen zu reden.“

Um solche Erfolge zu erzielen, bedarf es einer klaren pädagogischen Struktur und einer intensiven Förderung. Mindestens drei Heilpädagogen kümmern sich gleichzeitig um die Kinder und gehen auf ihre individuellen Bedürfnisse ein. Die Jungen und Mädchen werden hier ganztags betreut, unterrichtet und in Ein-

Vielseitig und engagiert

zelstunden heilpädagogisch gefördert. Noch wichtiger aber ist es, dass sich die Kinder, die sonst immer aneckten und auf Ablehnung stießen, angenommen fühlen und „emotionale Wärme spüren“.

Vier Intensivgruppen für autistische Kinder und Jugendliche gibt es bei der „guten Hand“. Diese und die anderen ambulanten und stationären Angebote kosten eine Menge Geld. „Wir erhalten für unsere Arbeit zwar viel Anerkennung“, sagt Hölzl, „aber trotzdem komme ich mir oft wie ein Klinkenputzer vor.“ Denn die Mittel werden knapper – vor allem seit die Jugendhilfe 1990 zu einer kommunalen Aufgabe geworden ist. Zuständig sind die zahlreichen örtlichen Jugendämter. Und im Bergischen Land ist es wie überall in Nordrhein-Westfalen: Die Kommunen sind klamm. „Es gibt eine Spannung zwischen dem vorhandenen, ja sogar steigenden Bedarf an notwendiger Hilfe und Betreuung für Kinder und Jugendliche und den sinkenden Finanzmitteln in den kommunalen Haushalten“, erläutert Martin Kramm, pädagogischer Leiter der „guten Hand“, die Situation. „Wir wissen oft nicht einmal mehr, wie wir mit den immer knapper werdenden Mitteln die steigenden Gehalts- und Sachkosten auffangen sollen.“

Starke Nachfrage belastet kommunale Haushalte

Dabei hat die Einrichtung ihr Angebot immer am Bedarf ausgerichtet. So wurden in den vergangenen Jahren heilpädagogische Tagesgruppen, eine integrative Kindertagesstätte und differenzierte ambulante Hilfen aufgebaut. Es entstand ein Netzwerk regionaler Hilfsangebote – mit Zustimmung und Unterstützung der Kostenträger vor Ort. Mittlerweile ist das Angebot der „guten Hand“ so bekannt, dass immer mehr Anfragen von Beratungsstellen, Schulen und Arztpraxen aus der Umgebung kommen. Das belastet natürlich die Haushalte der angrenzenden Städte und Gemeinden. Doch den oft gehörten Vorwurf, das Angebot schaffe hier die Nachfrage, empfindet Martin Kramm als eine „dreiste

Das heilpädagogisch-therapeutische Zentrum „Die gute Hand“ in Kürten-Biesfeld hat sich als vielseitige und engagierte Jugendhilfeeinrichtung der Caritas über die Region hinaus einen Namen gemacht. Das Zentrum mit über 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeitet seit 1968 und orientiert sich an christlichen Wertvorstellungen. In Biesfeld und in den Außenstellen der „guten Hand“ werden über 200 verhaltensauffällige, psychisch kranke und seelisch behinderte Mädchen und Jungen pädagogisch betreut und heilpädagogisch sowie psychotherapeutisch behandelt. Zu den Einrichtungen der „guten Hand“ gehören unter anderem eine diagnostische und heilpädagogische Ambulanz, drei heilpädagogische Gruppen zur teil- und vier Gruppen zur vollstationären Betreuung, vier Intensivgruppen für autistische und verhaltensauffällige Kinder, eine Familiengruppe



Sie wünschen sich eine vorausschauende Jugendhilfeplanung: Martin Kramm (links), pädagogischer Leiter der „guten Hand“, und Heinrich Hölzl, Direktor der Einrichtung. Foto: Willenborg

für missbrauchte oder vernachlässigte Kinder, Außenwohngruppen für Jugendliche, Langzeitbetreuung für autistische Menschen und eine integrative Kindertagesstätte. Seit 1985 wird die Arbeit der „guten Hand“ immer wieder durch Praxis- und Evaluationsforschung begleitet; ein eigenes „Institut für Qualitätsentwicklung in Erziehungshilfen“ steht auch anderen Einrichtungen und Diensten zur Verfügung. P. W. ◀

Vereinfachung“: „Das ist eine Ohrfeige für alle Rat und Hilfe suchenden Fachkollegen, Lehrer, Väter und Mütter, die bei einem Kind, das ihnen anvertraut ist, einen realen Hilfebedarf sehen“, meint er. Die knappen Kassen führen nach Kramms Erfahrung mitunter dazu, dass wichtige Unterstützungsangebote verschleppt werden – „bis das Kind oder die Familie in den Brunnen gefallen ist“.

Plädoyer für eine vorausschauende Jugendhilfeplanung

Kramm und Hölzl wollen keine Fronten aufbauen. „Uns ist bewusst, dass wir mit den Kostenträgern in einem Boot sitzen“, sagt Hölzl. Und in vielen Gesprächen spüren die Mitarbeiter der „guten Hand“, dass die Mitarbeiter der Jugend- und Sozialämter selbst auch enttäuscht sind. Enttäuscht darüber, dass die hehren Ziele, die mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz erreicht werden sollen, vor dem Hintergrund der knappen Kassen nicht umgesetzt werden können. Was sie sich wünschen, ist eine am Kind orientierte Einzelfallhilfe, verbunden mit einer vorausschauenden Jugendhilfeplanung, die vorschnelles Reagieren und Reduzieren vermeiden hilft – damit aus einer Krise der Jugendhilfe kein Notstand wird. „Dass die Erwachsenen sich streiten, ist ja okay“, sagt Heinrich Hölzl, „aber das darf nicht auf Kosten der Kinder gehen.“ ◀



Teure Heime?

Großes Gezerre in den Verhandlungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern



Karl-Ernst Dahmen

Erziehungshilfe ist teuer. Ein Heimplatz für ein Kind kostet bis zu 170 Euro, in manchen Städten mehr als 200 Euro – am Tag und pro Kind. Das ist vielen Kommunen zu teuer. Aber mehr als bloße Verwahrung ist für weniger Geld fast nicht zu haben.

Grundlage der Kinder- und Jugendhilfe ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Als Bundesgesetz sieht es Ausführungsrichtlinien auf Landesebene vor, die im Bereich der Erziehungshilfen (SGB VIII) in NRW in Form eines Rahmenvertrages zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern gefasst worden waren. Diese Rahmenvereinbarung ist nach dreijähriger Laufzeit von den Kommunen zum Ende des Jahres 2001 gekündigt worden. Jetzt laufen neue Verhandlungen zwischen Kostenträgern und Anbietern.

Die Verhandlungen sind zäh und schwierig, sagt Karl-Ernst Dahmen, Leiter des Heimverbundes Region Heinsberg, einer Einrichtung im Bistum Aachen für 120 Kinder und Jugendliche. Nach fast zehn Monaten ist ein neuer Rahmenvertrag nicht in Sicht. Dahmen befürchtet, dass am Ende wieder nur gespart werden muss – unabhängig vom pädagogischen Nutzen. Als Nächstes würden wahrscheinlich gruppenergänzende

Dienste wie Maßnahmen des heilpädagogischen Dienstes oder Hilfe durch Psychologen gekürzt, mutmaßt er. Gerade diese Hilfen eröffnen aber insbesondere bei Heimkindern eine Chance auf einen Zugang, einen Anfang für eine Beziehung.

„Die Hilfe für Kinder und Jugendliche wird immer mehr über die Kosten der Maßnahmen definiert, dadurch wird das, was das KJHG will, in der Praxis konterkariert“, klagt der Heimleiter. Er will gar nicht leugnen, dass gespart und flexibilisiert werden muss, aber er wünscht sich „vernünftige Lösungen“. Sinnvoll wäre es, in gute Vernetzung und in Elternarbeit zu investieren, um die Eltern zu befähigen, möglicherweise mit erzieherischer Hilfe den Heimaufenthalt überflüssig zu machen oder zeitlich zu begrenzen.

Derzeit sieht es so aus, als ob der ganze Bereich auch kommunalisiert werden könnte. Wo es keinen Rahmenvertrag mehr gibt, werden die Entgelte zwischen dem Anbieter und dem örtlichen Kostenträger, also dem örtlichen Jugendamt, ausgehandelt. Wenn das kommt, „haben wir ein erhebliches Problem“, sagt Dahmen. Wenn man mit mehreren Jugendämtern einzeln verhandeln müsste und gar unterschiedliche Konditionen für gleiche Leistungen hinnehmen müsste, „würde das den Verwaltungsaufwand unverantwortlich sprengen“, sagt Dahmen. Bisher gibt es Standards, die überörtlich gleich sind. Es gelten für alle gleiche Richtlinien, wie viele Erzieher auf eine Gruppe kommen, wie groß die Gruppen sind, wie viele gruppenergänzende Kräfte eingesetzt werden dürfen etc. Bei einer Verlagerung der Zuständigkeiten auf die örtliche Ebene sind auch diese Standards gefährdet. M. L. ◀

*Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde als eigenständige Persönlichkeit (Art. 6 NRW-Verf.): Kinder und Jugendliche aus dem Kinderdorf St. Josef, Wegberg.
Fotos: Lahrmann*

Andreas (10)



Christina (13)



Andre (5)



Jörg (16), Thomas (15), Manuel (15)



Bürgerfreundlich

Kompetenzen bündeln und Hilfen dezentralisieren – das funktioniert in der Praxis durch Kooperationen und neue Ideen

Das große Plus des KJHG ist die breite Differenzierung von Hilfen und Maßnahmen. Was aber, wenn es in der Praxis ein Nebeneinanderher von unterschiedlichen Diensten gibt? Wenn ein bürokratisches Kleinklein von Unzuständigkeiten und starren Kompetenzfeldern die Hilfe suchende Mutter zermürbt, entnervt, frustriert? Im Kreis Olpe hat man eine Lösung gefunden.

„AufWind“ nennt sich die Initiative katholischer Träger der Jugendhilfe, die vor allem zwei Ziele hat: dem Rat suchenden Bürger einen Anlaufpunkt zu bieten, an dem er alle Fragen zum Thema Erziehung, von Familienschwierigkeiten, Schulproblemen, Adoption und Pflege über Beziehungsstress bis zu Entwicklungs- und Verhaltensproblemen, stellen kann. Und das möglichst wohnortnah. Dazu haben sich im ambulanten Bereich der Erziehungshilfe fünf katholische Träger mit früher sechs Einrichtungen zusammengeschlossen und „AufWind“ gegründet, in dem alle bisherigen Fachbereiche zusammengefasst sind. Eingebracht haben sich die Caritas, SKM/SkF, der IN-Via-Verband, die Gemeinnützige Gesellschaft der Franziskanerinnen (GFO) zu Olpe sowie eine kirchliche Beratungsstelle. Jeweils in den Dekanaten im Kreis Olpe wurde zum Anfang 2001 eine AufWind-Station eröffnet, insgesamt drei.

„Die Frequentierung steigt, die Nachfrage nach Hilfe steigt, damit zeigt sich, dass Beratung und Unterstützung vor Ort gewünscht werden“, sagt Magdalena Knäbe, Leiterin des Josefshaus der GFO. Frühzeitige Hilfe bei der Erziehung direkt vor Ort kann sogar dazu beitragen, dass Familien und ihre Kinder so stabilisiert werden, dass eine Heim-Unterbringung vermieden wird. Also Maßnahmen ganz im Sinne des KJHG, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, das eine differenzierte Unterstützung für Eltern vorsieht.

Auch aus den Kommunen gibt es daher sehr viel positive Rückmeldung. „Wir sind mit unserer Initiative mitten in eine Dezentralisierungsdebatte auf Kreisebene geplatzt“, sagt Heinz Brüggemann, Leiter der AufWind-Station in Attendorn. Die Bürger fordern, „dass der Kreis Olpe Leistungen auch in den Kommunen, also wohnortnah, erbringt – und nicht nur in der Kreisstadt“, erläutert der Sozial-Pädagoge, der früher Jugendhilfeplaner war. Wer auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist, konnte früher schon mal bis zu drei Stunden unterwegs sein, um beispielsweise eine Erziehungsberatungsstelle aufzusuchen.

AufWind kann damit als Modell für hohe Flexibilität und Kooperation zum Nutzen der Bürger gelten. Aber auch die Motivation der Mitarbeiter sei gestiegen, berichtet Brüggemann, weil das Modell in der Praxis funktioniert. *M. L.* ◀

Schwerpunkte

Für die kommenden Ausgaben von Caritas in NRW sind folgende Schwerpunkt-Themen geplant:

Heft 3/02 Zukunft der Arbeit
(erscheint Anfang Juli)

Heft 4/02 Pflegenotstand
(erscheint Anfang Oktober)

**Heft 1/03 Starkes Netzwerk:
Caritasantarbeit in Europa**
(erscheint Anfang Januar 2003)



Heinz Brüggemann



Günter (13)



Christian (15)



Sebastian (9), Dennis (9)



Sandra (16)



Bedrückende Zustände

Enquetekommission „Pflege in NRW“ eingesetzt

Rund 150 000 Menschen leben in nordrhein-westfälischen Pflegeheimen. Erschreckende Berichte über Vernachlässigungen und Misshandlungen schildern Pflege als Endstation, aus der es kein Entrinnen gibt. Der Landtag in NRW hat auf Antrag der CDU eine Enquetekommission „zur Situation und zur Zukunft der Pflege in NRW“ eingesetzt.

Der Kommission sollen neun Abgeordnete, vier aus der SPD, drei aus der CDU und je ein FDP- und Grünen-Mitglied sowie sechs Experten, angehören. Zum Auftrag gehört die Überprüfung der Situation der Pflege, die Kommission soll detailliert die Frage beantworten, wie menschenwürdige Pflege ermöglicht werden kann, die es den betroffenen Menschen gestattet, in Würde alt zu werden. Die Kommission wird dabei auch den Berichten über Vernachlässigungen und Misshandlungen in der Pflege nachgehen. Untersucht werden soll die Qualität der Pflege, erwartet werden Vorschläge, welche Rahmenbedingungen das Land schaffen und welche Impulse es dafür geben muss.

Die Zahl der Senioren wächst und damit auch die Zahl der Pflegebedürftigen. Grund genug für sorgfältige Qualitätssicherung, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.

Foto: Achim Pohl

In ihrem Antrag listet die CDU zahlreiche Einzelprobleme auf, darunter auch die Frage, „welche finanziellen Auswirkungen die künftige Entwicklung im Pflegebereich auf die Systeme der sozialen Sicherung haben wird“ und „ob das Verhältnis von zu pflegenden Personen und Pflegepersonal in den jeweiligen Heimen angemessen ist“.

Nach Prognosen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik werden im Jahr 2040 nur noch 16,98 Millionen Menschen (statt heute rund 18 Millionen) in Nordrhein-Westfalen leben. Gleichzeitig wird ein Anstieg der Personen über 75 Jahren von jetzt rund 1,2 Millionen Menschen auf rund 1,8 Millionen im Jahr 2040 erwartet. Damit dürfte sich auch die Zahl der Pflegebedürftigen gewaltig erhöhen. Der medizinische Fortschritt wird zu einem Anstieg der Heimaufnahmen und zu längeren Patientenkarrerien führen. All diese Entwicklungen werden direkte Auswirkungen auf das Pflegeangebot haben. 2004 soll die Enquetekommission ihren Abschlussbericht vorlegen. *M. L.* ◀



Echte Altenpfleger werben für ihre Tätigkeit

Katholische Einrichtungen machen auf Mangelberuf aufmerksam

Von Walter Keßler

Acht freundliche Menschen lächeln vertrauensvoll von Großplakaten, die in 120 deutschen Städten zu sehen waren. Die vier Frauen und vier Männer unterschiedlichen Alters hoffen, dass viele Menschen ihren Beruf ergreifen. Die 19- bis 52-Jährigen sind Altenpfleger und Altenpflegerinnen, die die Katholische Schule für Pflegeberufe in Essen-Bedingrade besuchen oder schon absolviert haben.

„Es sind keine Models“, betonte Albert Evertz, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes katholischer Heime und Einrichtungen der Altenhilfe. „Es sind echte Altenpfleger, die glaubhaft für ihren Beruf werben.“ Das ist nötig, weil es zu wenige gibt.

Die Plakate der Drensteinfurter Fotografin Annet van der Voort gehören zu einer Imagekampagne, mit der der Fachverband der Caritas auf zukunfts- und krisensichere Arbeitsplätze aufmerksam macht. Im Fachverband sind katholische Altenpflege-Einrichtungen mit 80 000 Bewohnerplätzen zusammengeschlossen. Der Beruf sei, so Evertz, vor allem für Menschen befriedigend, die sich sozial engagieren wollten. Finanziell habe sich die Situation in den letzten Jahren verbessert und könne als „angemessen“ betrachtet werden. So beträgt die monatliche Ausbildungsvergütung mehr als 600 Euro. Das Einstiegsgehalt liegt bei fast 1 300 Euro. Unter Telefon 01 80-3 56 28 47 oder 01 80-3jobtip oder im Internet (www.image-altenpflege.de) können sich Interessierte über die Einzelheiten des Mangelberufs informieren. Die Ausbildung dauert drei Jahre. Interessenten sollten die Fachoberschulreife oder den Hauptschulabschluss mit anschließender Lehre vorweisen können.

Anlass für die Imagekampagne ist die weit auseinander klaffende Schere zwischen Angebot und Nachfrage im Beruf des Altenpflegers. Vor allem in Ballungs-



räumen sind nach Erfahrung von Claudia Jungbluth von der Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft Köln kaum Fachkräfte zu finden. Wegen des Personalmangels und der damit zusammenhängenden unbefriedigenden Situation vor Ort werfen ausgebildete Altenpflegerinnen und Altenpfleger oft nach wenigen Jahren das Handtuch. Auch wenn die Bezahlung besser geworden ist, die Arbeit einschließlich Schichtbetrieb und Wochenend-Dienst kann stressig sein.

Wie hoch der Arbeitskräftebedarf ist, lässt sich nicht bundesweit beziffern. Aber allein für die 150 katholischen Einrichtungen im Erzbistum Köln rechnet Evertz mit 600 fehlenden Fachkräften. Dieses Manko ließe sich möglicherweise beheben – wenn die Bürokratie mitspielen würde. So sind zurzeit in Nordrhein-Westfalen nur 3 200 Ausbildungsplätze genehmigt, obwohl 4 500 notwendig wären. Helene Euteneuer-Weis, Leiterin des Altenpflege-Fachseminars in Neuss, wusste im Januar noch nicht, wie hoch die finanzielle Förderung durch das Land in diesem Jahr sein wird. Nicht besser wird die Situation durch die Tatsache, dass sowohl das Land als auch die Arbeitsverwaltung für die Finanzierung der Krankenpflege-Ausbildung zuständig sind. Falls sich durch die aktuelle Kampagne bei den katholischen Ausbildungsstätten mehr Interessenten melden, als Plätze vorhanden sind, werden sie, so Evertz, auch an andere Träger vermittelt. Fachlich qualifiziertes Personal ist nämlich überall gefragt, damit es nicht zum Pflegenotstand kommt. ◀



Einige Motive der Plakatkampagne, die es außerdem auch als Postkarten und A1-Plakate gibt

„Jahrzehnt der Integration“

Caritas-Migrationsdienste stellen sich den Herausforderungen einer sich verändernden Zuwanderungspolitik

Was tun, wenn die Regelförderung wegfällt? Wenn Sprachkurse gefordert sind? Welche Rolle spielen die Migrationsdienste in neuen politischen Konzepten zur Integration? Fragen zur Zukunft, mit denen sich rund 150 Teilnehmer aus den Caritas-Migrationsdiensten auf einer Tagung in Bergisch Gladbach auseinander setzten.

„Es wird ein Jahrzehnt der Integration geben“, davon ist nicht nur Barbara John fest überzeugt, das werde auch von allen Parteien so gesehen. Bei allem Streit um die Zuwanderung sei die Notwendigkeit von Integration unbestritten. Die Berliner Ausländerbeauftragte und Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes fordert jedoch „neben den Sprachkursen“ weitere Schwerpunktsetzungen und Standardleistungen, um Integration zu ermöglichen. Es werde auch nach Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur Zuwanderung – wie auch immer dieses letztendlich aussehen wird – in der Integrationsarbeit keinen totalen Neuanfang geben und geben müssen. Aber „eine intelligente und an den Problemen ausgerichtete Abkehr aus bisherigen Konzepten und Maßnahmen“ sei schon notwen-

Dr. Winfried Risse, Kölner Diözesan-Caritasdirektor, forderte eine gemeinsame Kraftanstrengung für die notwendigen Veränderungen (oben).

Barbara John sieht eine gesellschaftliche Mehrheit für bessere Integration. Fotos: Lahrmann



dig, sagte John. Integration sei nur durch den Arbeitsmarkt zu leisten und Sprache die Schlüsselkompetenz, um in den Bereichen Bildung und Arbeit erfolgreich zu sein.

Nach dem Vorbild der Niederlande könnte zukünftig die Erst-Integration so aussehen: 300 Basisstunden, 300 Aufbaustunden, 30 Stunden Orientierung über das neue Land. Für rund 190 000 Migranten oder neue Anspruchsberechtigte im Jahr würde das zukünftige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge diese Maßnahmen ausschreiben. Bewerben sollten sich auch die bewährten Träger der Migrationsarbeit und Ausländersozialarbeit, forderte John die Caritas-Mitarbeiter auf. Der Wissenschaftler Josef Freise von der Katholischen Fachhochschule NW, Abteilung Köln, vertrat die These, dass sich die Migrationssozialarbeit zu einem interkulturellen Fachdienst entwickeln werde. Die nationalitätenspezifische Rundumbetreuung gehöre der Vergangenheit an, sagte er. Ein solcher Fachdienst wäre dann auch für einheimische Mitbürger zuständig, „die sich mit der neuen kulturellen Pluralität anfreunden wollen“, sagte Freise. Auf der anderen Seite gelte es, die kulturellen und sozialen Ressourcen von Migranten durch Projektarbeit stärker in die Einwanderungsgesellschaft einzubringen. Nicht zuletzt müsse die Caritas durch konsequente Lobbyarbeit auf die politischen Rahmenbedingungen der interkulturellen Fachdienste Einfluss nehmen.

Zufrieden zeigte sich nach der Tagung Kai Diekelmann vom Diözesan-Caritasverband Köln. Es sei gelungen, die Mitarbeiter wachzurütteln und eine Vision eines zukünftigen Migrationsdienstes aufscheinen zu lassen. Und das hatten sich die Veranstalter, die fünf Caritas-Diözesanverbände in Nordrhein-Westfalen, auch erhofft: „Migrationsdienst – top statt hopp!“ lautete selbstbewusst das Motto der Tagung, das durchaus auch für die zukünftige Arbeit gelten soll. ◀

Markus Lahrmann



Hoffnung schenken

Die Spendenaktion Lichtblicke hilft in schwierigen Zeiten

Es gibt Fälle, da hilft kein Sozialamt, da zahlt keine Krankenkasse, da gibt es keine Arbeitslosenhilfe. Not auch in diesem reichen Land. Am schlimmsten trifft es die Kinder und Jugendlichen. Ihnen und ihren Familien unbürokratisch und schnell zu helfen ist das Ziel der Aktion Lichtblicke.

Der kleine Lukas (*Name geändert*) leidet an Autismus, sein Vater bezieht Arbeitslosengeld und ergänzende Sozialhilfe, die Mutter nimmt an einer Umschulungsmaßnahme des Arbeitsamtes teil. Lukas hat wegen seiner Behinderung einen hohen Wäschebedarf, fast täglich läuft die Waschmaschine. Die Familie wohnt sehr beengt, es gibt keinen Platz, um die Wäsche zu trocknen. Lichtblicke hat geholfen mit einem Wäschetrockner.

Frau K. hat sechs Kinder im Alter zwischen fünf und 17 Jahren. Die älteste Tochter hat bereits einen einjährigen Sohn. Das jüngste Kind hat einen Hirntumor und Minderwuchs. Beide Eltern sind arbeitslos. Die Familie wohnt in sehr beengten Verhältnissen, ein Umzug wäre, so schreibt der örtliche Caritas-Kreisverband, dringend notwendig. Lichtblicke hat geholfen: 2 147 Euro für Kleidung, Spiel- und Fördermaterial und Einrichtungsgegenstände.

Frau S. wurde vor einem Jahr von ihrem Ehemann verlassen und erzieht ihre vier Kinder im Alter von vier, neun, 13 und 15 Jahren allein. Da der arbeitslose Ehemann bisher keine Unterhaltszahlungen geleistet hat, muss die Familie von Sozialhilfe, Unterhaltsvorschuss und Kindergeld leben. Die Kinder benötigen dringend Betten (zurzeit schlafen sie auf verschlissenen Matratzen auf dem Fußboden), einen neuen Kleiderschrank sowie Kleidung für die kalte Jahreszeit, heißt es in der Stellungnahme des betreuenden Caritas-Dekanatsverbandes zum Antrag an Lichtblicke. Lichtblicke hat geholfen und 750 Euro zur Verfügung gestellt.

Drei von weit über tausend Beispielen, wie die gemein-



*Der ehrenamtliche Spenden-Beirat prüft sorgfältig jeden einzelnen eingehenden Antrag auf finanzielle Unterstützung: Pfarrer Wolfram Fröhlich, Schirmherrin Karin Clement, Pfarrerin Christa Thiel, Ruth Gantschow, Harald E. Gersfeld, Martin Kunze, Reinhard von Spankeren, Dr. Christof Beckmann, Frank Boehnke, Frank Pfeiffer, Manfred Rütten, Harald Westfeld, Tobias Heidmann, Alfred Hovestädt, Markus Lahrman und Gerd Schnitzler
(v. l. n. r. / von unten nach oben).*

Foto: NRW-Lokalradios

same Aktion Lichtblicke Spenden an Bedürftige weiterreicht. Voraussetzung ist allerdings, dass Kinder bzw. Familien aus NRW betroffen sind, die sich in einer Situation befinden, in der keine soziale Hilfe mehr greift. Gesammelt werden die Spenden von den 44 NRW-Lokalradios. Nach dem Höhepunkt in der Adventszeit läuft die Aktion dank der weiter eingehenden Spenden inzwischen das ganze Jahr über. Allerdings ist die Spendenbereitschaft in der laufenden Aktion zurückgegangen. Bis Mitte Februar waren etwa 950 000 Euro eingegangen, etwa 25 Prozent weniger als im Vorjahr. Ein Grund könnten die Euro-Umstellung und einzelne Preiserhöhungen sein, die zu einer leichten Verunsicherung der Spendenwilligen geführt haben könnten. Nichtsdestotrotz läuft die Aktion weiter. Denn es gibt Fälle, da hilft sonst niemand mehr. *M. L.* ◀

*Spendenkonto 7070
Sozialbank Köln
BLZ: 370 20 500
Kontakt und weitere Infos:
www.lichtblicke.de
info@lichtblicke.de*